

#Klimawahl2021

Die soziale Seite der Klimakrise

#Sozialpolitik ist Klimapolitik

Was hat Klimapolitik mit der sozialen Frage zu tun?



An mutiger Klimaschutzpolitik wird häufig kritisiert, sie gehe „auf Kosten einkommensschwacher Familien“. Aber ist das Problem der Klimaschutz oder die Existenz von Armut?



Menschen mit geringem Einkommen leiden am stärksten unter den Folgen der Klimakrise. Sie dürfen nicht auch die Last der notwendigen Klimapolitik tragen.



Durch ein Umlageverfahren (Abgabe pro Tonne CO₂, Rückerstattung pro Kopf) kann Klimaschutz zugleich als Sozialpolitik gestaltet werden. Hiervon profitieren energiesparsame und ärmere Haushalte.



Die massive Subventionierung des Fossilsystems geschieht durch Steuergelder. Ihre Beendigung könnte Mittel für eine aktive Sozial- und Infrastrukturpolitik freisetzen.

Was hat Klimapolitik mit der sozialen Frage zu tun?

Schulterschluss mit den Benachteiligten

Es gibt Menschen in unserem Land, die sich keine Angst vor dem Ende der Welt leisten können, weil sie Angst vor dem Ende des Monats haben.



Wer klimapolitisch für Gerechtigkeit zwischen den Generationen und zwischen den globalen Regionen eintritt, darf die Ungleichheit zwischen Arm und Reich im eigenen Land nicht ausblenden. Es geht um unsere Zukunft und die unserer Kinder, unabhängig von der sozialen Stellung.

Soziale Schieflage

Die „unteren“ 50 % der deutschen Bevölkerung besitzen nur 1,4 % aller Privatvermögen. Klimapolitische Steuerungsmaßnahmen können sie überdurchschnittlich belasten.



Das darf in der Klimapolitik nicht vergessen werden. Aber auch die Folgen des Nichtstuns treffen diese Schichten am härtesten. Zum Beispiel bietet eine enge Wohnraumsituation keine Möglichkeit sich vor extremer Hitze zu schützen.

Fossilenergie belastet

Mit Steuergeldern werden in Deutschland jährlich 46 Mrd. Euro für die Subventionierung fossiler Energien ausgegeben. Die Folgeschäden der fossilen Verbrennung kosten dazu 164 Mrd. Euro jährlich. Das ist deutlich mehr als die gesamten Sozialausgaben der Bundesrepublik. Der Ausstieg aus den fossilen Energien ist daher auch ein sozialpolitischer Akt. Das ist Vielen nicht bewusst, weil diese Kosten nicht auf der Strom- oder Tankrechnung auftauchen, sondern im allgemeinen Steuerhaushalt untergehen.



CO₂-Umlage als Sozialpolitik

Klimapolitik sollte daher mit Sozialpolitik verknüpft werden. Eine Abgabe auf den Ausstoß von Treibhausgasen kann z.B. vollständig wieder pro Kopf an die Bevölkerung zurückverteilt werden.



Davon profitieren dann neben klimabewusst lebenden Menschen auch ärmere Haushalte, die zumeist einen kleineren CO₂-Fußabdruck haben: In Deutschland verursachen die reichsten 10% der Bevölkerung mehr CO₂-Ausstoß als die ärmsten 50 %.